

# WAHLKREISPOST SABINE BÄTZING LICHTENTHÄLER

Hallo Wahlkreis!

Nun ist die ach-so-große „Überraschung“ also raus: Angela Merkel tritt für eine nun bereits schon vierte Amtszeit als Kanzlerkandidatin der CDU/CSU an. Begründet hat sie ihre erneute Kandidatur nach elf Jahren Kanzlerschaft damit, dass sie „viele Ideen“ für Deutschland habe. Was das für Ideen sein sollen, bleibt offen. Und der Verdacht liegt nahe: Sie hat keine. Aufschlussreicher war da ein weiterer



ihrer Gründe, noch einmal als Unionskandidatin in das Rennen ums Kanzleramt zu steigen: Man habe sie darum gebeten – und das ist verständlich, denn in der CDU ist man auf eine Zeit nach der Ära Angela Merkel nicht vorbereitet. Merkel hat in den letzten 16 Jahren als CDU-Parteivorsitzende nach und nach dafür gesorgt, dass es nicht nur weit und breit in der Union niemanden gibt, der ihr politisch „gefährlich“ werden, sondern dass eben auch niemanden gibt, der sie beerben könnte. So ist ihre Kandidatur für die CDU ein Sachzwang.

Wendet man den Blick einmal von den außen- und europapolitischen Krisen dieser Tage ab, so fällt die innenpolitische Bilanz Merkels verheerend aus: Außer der „schwarzen Null“ im Bundeshaushalt hat die Union nichts, aber auch gar nichts umgesetzt. Verbesserungen für die Menschen in unserem Land – egal ob Mindestlohn oder die Rente nach 45 Versicherungsjahren – kamen immer von der SPD. Und hier ist noch längst nicht alles erledigt! Gerade das Beispiel der Rente zeigt, dass unsere sozialen Sicherungssysteme dringend auf eine neue, eine solidarischere Grundlage gestellt werden müssen. Die Menschen sind wieder zunehmend politisiert. Das ist ein Umfeld, indem wir gefordert sind, ihnen ein echtes Angebot für ihre Zukunft zu machen!

Wie wir das hinkriegen? Lasst uns darüber diskutieren. Es lohnt sich!  
Eure Sabine

# GESPRÄCHE DÜRFEN NICHT KÄUFLICH SEIN!

*Sabine Bätzing-Lichtenthäler zur ZDF-Berichterstattung über „gesponserte“ Veranstaltungen mit SPD-Politikern*

Die Berichterstattung des ZDF-Magazins „Frontal 21“ über gesponserte „Vorwärts-Gespräche“ verschiedener SPD-Politiker mit Vertretern aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften und Wirtschaft, die von der Agentur „NWMD“ – einer Tochterfirma des Vorwärts-Verlags – organisiert wurden, hat mich fassungslos gemacht.

Obwohl ich auch selbst über mein Büro für Januar 2017 für ein solches Gespräch angefragt worden war, hatte ich zu keiner Zeit Kenntnis darüber, dass dafür im Vorfeld womöglich Geld an eine SPD-nahe Agentur geflossen sein könnte. Folgerichtig habe ich diesen Termin sofort nach dem Bekanntwerden dieses mehr als fragwürdigen Vorgehens der NWMD stornieren lassen. Zwar halte ich den regen Austausch mit wirklich allen gesellschaftlichen Gruppen – seien es Sozialverbände, Gewerkschaften, Unternehmen oder einfach nur einer der vielen engagierten Vereine aus meinem Wahlkreis – für unabdingbar. Für mich ist aber vollkommen klar: Politik muss immer offen für Gespräche, darf aber niemals käuflich sein! Dass durch die Vorgänge in der NWMD ein anderer Eindruck entstanden sein könnte, bedauere ich sehr und verurteile diese deshalb aufs Schärfste. Gleichsam begrüße ich sehr, dass die Bundestagsverwaltung das Handeln der NWMD auf Bitte des Parteivorstands nun überprüft. Ebenso begrüße ich die SPD-interne Prüfung. Hier müssen Konsequenzen gezogen werden!

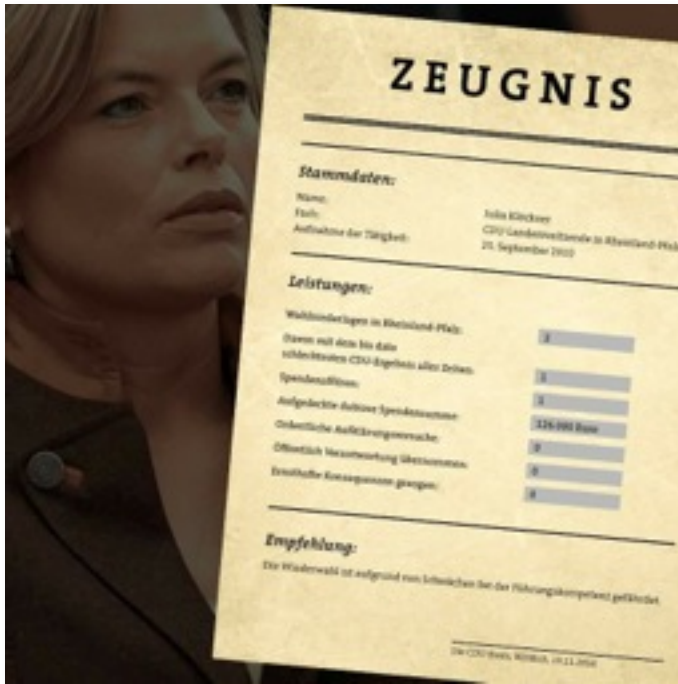
Ich weiß, wie wichtig es ist, auch und gerade als Politikerin, einen Einblick in die Lebenswirklichkeit jener Menschen zu haben, die man vertritt und sich ihrer Probleme, auch ihrer Sorgen anzunehmen. Deshalb biete ich nun seit über 14 Jahren – egal ob nun als Bundestagsabgeordnete, privat oder jetzt als eure Landtagsabgeordnete – Bürgersprechstunden in meinem Wahlkreis an. Dabei sind die Anliegen, die in diesen Gesprächen vorgebracht werden, so vielfältig wie die Menschen, die zu mir kommen. Gerne bemühe ich mich sehr darum, den Bürgerinnen und Bürgern in ihrem jeweiligen Anliegen ganz konkret weiterzuhelfen. Ich verstehe es aber auch als meine Aufgabe, das, was mir in diesen vielen Begegnungen zuteil wird, ganz konkret in meine Arbeit einfließen zu lassen und die Interessen der Menschen in Einklang zu bringen. Das ist mir wichtig. Und dafür braucht es keine gesponserten Gespräche, sondern Bürgernähe!

Wenn auch ihr in einer meiner Bürgersprechstunden mit mir ins Gespräch kommen wollt, wendet euch bitte an meine Mitarbeiterin Elke Orthey (Tel.: 02741 / 2 54 54 – E-Mail: [orthey@baetzing-lichtenthaeler.de](mailto:orthey@baetzing-lichtenthaeler.de)) und wir finden einen gemeinsamen Termin. Ich freue mich auf eure Anliegen!



# RISSE DURCHZIEHEN DIE KLÖCKNER-CDU

*CDU-Landesvorsitzende auf Landesparteitag abgestraft*



Der CDU-Landesparteitag in Wittlich lief alles andere als gut für Landeschefin Julia Klöckner. Mit nur einer 85,6 Prozent wurde sie als Vorsitzende der rheinland-pfälzischen CDU wiedergewählt. Damit musste sie Einbußen von rund zehn Prozent im Vergleich zu ihrer letzten Wahl verkraften.

„Der Landesparteitag der CDU macht deutlich, dass die Risse in der rheinland-pfälzischen CDU immer größer werden“, so Daniel Stich, Generalsekretär der SPD Rheinland-Pfalz. „Sechs Jahre Julia Klöckner, zwei verlorene Landtagswahlen,

einmal das schlechteste Ergebnis der rheinland-pfälzischen CDU-Geschichte und die aktuelle Spendenaffäre. Einst als Lichtgestalt gestartet, bleibt aktuell deutlich mehr Schatten als Licht übrig. Die Bilanz ist ernüchternd. Wenn schon eigene Mitglieder die Einsicht fordern, dass die CDU selbst besser werden müsse statt die Schuld für verlorene Wahlen immer wieder bei den Wählern zu suchen, ist das ein deutliches Signal.“

Die CDU-Landesvorsitzende Julia Klöckner sprach auch über die Mauss-Spendenaffäre. Dazu Daniel Stich: „Wie erwartet, sieht Julia Klöckner auch hier die Schuld weiterhin beim Spender. Peter Bleser bleibt ebenfalls bei seiner Auffassung, dass die Partei getäuscht wurde. Wo ist das eigene Verantwortungsbewusstsein? In der rheinland-pfälzischen Union scheint es weiterhin nicht vorhanden. Selbst für die Junge Union scheint die Spendenaffäre abgehakt. Plötzlich ging es ihr nur noch um eine bessere Mitgliederkommunikation und Spenden-Schulungen. Kein Wunder also, dass der neue Schatzmeister berichtet, er habe sich wie in einer sogenannten ‚Ice Bucket Challenge‘ gefühlt, als er nach seiner Bereitschaft für den Posten gefragt wurde. Eine ehrliche und wahrhaftige Aufklärung der rheinland-pfälzischen CDU wird es demnach immer noch nicht geben. Vielleicht sorgt Werner Mauss dafür.“

# „CHRISTEN EINE STARKE STIMME GEBEN“

*Malu Dreyer ins Zentralkomitee der Katholiken gewählt*

Ministerpräsidentin Malu Dreyer wurde bei der Vollversammlung in Bonn in das Zentralkomitee der Katholiken (ZdK) gewählt. Sie ist damit erstmals als so genannte Einzelpersonlichkeit im höchsten Gremium der katholischen Laien in Deutschland vertreten.

„Ich freue mich sehr über die Wahl und möchte dazu beitragen, Christen und Christinnen bei ihrem Engagement für die Gestaltung der Gesellschaft eine starke Stimme zu geben“, erklärte Ministerpräsidentin Malu Dreyer. „Mein christlicher Glaube ist eine wichtige Grundlage für meine Politik. Er ist Leitlinie meines politischen Handelns, dem Eintreten für eine Gesellschaft, in der Menschen in Würde leben können.“

Der wichtigste Beschluss der Vollversammlung am 18./19. November war, dass es 2021 wieder einen ökumenischen Kirchentag geben soll, der in Frankfurt stattfinden wird. Neu gewählter Präsident des Zentralkomitees der Katholiken ist Thomas Sternberg (CDU).



# LEBENSQUALITÄT BIS INS HOHE ALTER

*Fachtag verdeutlicht Bedeutung von „Generationen-Wohnen“*

„Es ist eine fortwährende Aufgabe, unsere Dörfer und Quartiere so zu gestalten, dass dort Jung und Alt, Familien und Alleinstehende, aktive und unterstützungsbedürftige Menschen gleichermaßen gut und bis ins hohe Alter leben können. Neue Wohnmodelle tragen dazu bei, da sie Menschen zusammen bringen, die Gemeinschaft stärken und die Verzahnung nachbarschaftlicher und professioneller Unterstützung erleichtern“, sagte Sabine Bätzing-Lichtenthäler zum Auftakt des Fachtages „Generationen-Wohnen – Erfolgreiche Konzepte für das Wohnquartier für Alle“ in Mainz.

In Rheinland-Pfalz und darüber hinaus gebe es viele funktionierende Vorbilder für solche generationenübergreifenden, barrierefreien Wohn- und Quartierskonzepte, die auf dem Fachtag vorgestellt wurden und zur Nachahmung anregen.

Die Fachveranstaltung des Sozialministeriums und der Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e.V. (LZG) richtete sich an alle Akteure, die sich beim Aufbau von neuen Wohnformen einbringen wollen. „Mein Wunsch ist es, dass mehr neue generationenübergreifende und gemeinschaftliche Wohnformen entstehen. Die Landesregierung unterstützt diese bereits intensiv und führt ab 2017 ergänzend eine neue Anschubförderung ein. Bis zu 10.000 Euro können pro Projekt beantragt werden“, so die Ministerin weiter. Eine Beratung sowie die entsprechenden Bewerbungsunterlagen bietet die Landesberatungsstelle „Neues Wohnen“ Rheinland-Pfalz an.

Der Fachtag wurde von einer Ausstellung von Architektur-Studierenden der Hochschule Mainz / University of Applied Sciences begleitet. Diese präsentierten ihre Ideen zum barrierefreien und generationengerechten Bauen und Wohnen. „Studentinnen und Studenten der Architektur sind die Planungsverantwortlichen von morgen. Deshalb ist es uns wichtig zu vermitteln, dass Barrierefreiheit für alle Generationen von Nutzen ist und bereits im Entwurfsstadium bedacht werden sollte“, unterstrich Ministerin Bätzing-Lichtenthäler. Professor Dr. Julius Niederwörmeier, der die Entstehung der Modelle in der Hochschule begleitete, sagte: „Barrierefreies Planen und Bauen ist integraler Bestandteil der Lehre an der Hochschule Mainz. Ziel ist es, die künftige Generation von Architektinnen und Architekten frühzeitig auf die Herausforderungen und Chancen einer alternden und sich immer stärker individualisierenden Gesellschaft vorzubereiten.“





Die Ausstellung ist ein Gemeinschaftsprojekt der Landesberatungsstelle „Barrierefrei Bauen und Wohnen“ der Verbraucherzentrale, der Landesberatungsstelle Neues Wohnen der LZG und der Hochschule Mainz – Fachrichtung Architektur. Gefördert wird das Projekt durch das rheinland-pfälzische Demografieministerium.

In den anschließenden Vorträgen, Best Practice-Workshops und einer Podiumsdiskussion stand das Miteinander im Quartier im Fokus. Vertreterinnen und Vertreter von Wissenschaft, Wohnungswirtschaft, Pflegewirtschaft und Kommunen stellten Konzepte und gelungene Beispiele vor, wie das sogenannte Bielefelder Modell.

„Neue Wohnformen, die auf nachbarschaftliches Zusammenleben und gegenseitige Unterstützung bauen, haben einen entscheidenden Einfluss auf die Lebensqualität und leisten damit auch einen Beitrag zur Gesundheitsförderung“, sagte Dr. Matthias Krell, Geschäftsführer der LZG. Die LZG setze sich daher mit ihrer Landesberatungsstelle Neues Wohnen Rheinland-Pfalz für generationenübergreifende und gemeinschaftliche Formen des Zusammenlebens ein, so Krell.

# DREI MILLIONEN FÜR DIE INTEGRATION

*AK-Land erhält Zuwendungen für Flüchtlingsunterbringung*

Der Kreis Altenkirchen erhält noch in diesem Jahr rund 3 Millionen Euro zur Integration von Flüchtlingen. Wie Sabine Bätzing-Lichtenthäler als SPD-Landtagsabgeordnete für den Wahlkreis 1 (Betzdorf/Kirchen) mitteilt, stammt das Geld aus den Bundesmitteln für Integration und Flüchtlinge. „Die Mittel sind für die Unterbringung der Flüchtlinge und die zunehmend wichtige Aufgabe der Integration der Menschen in das Bildungssystem und in den Arbeitsmarkt.“ Bätzing-Lichtenthäler betont:

„Uns ist wichtig, dass die Summe noch in diesem Jahr an die Kommunen ausgezahlt wird. Daher wollen wir das dafür notwendige Gesetz noch 2016 im Landtag verabschieden.“



Die SPD-Politikerin weiß, dass die hohe Zahl Asylsuchender, die in den Kommunen leben, eine große Herausforderung für die Kommunen und

die gesamte Bevölkerung seien. Bei der Bewältigung dieser Aufgabe bräuchten die Kommunen die Unterstützung des Bundes und des Landes. Ein Ergebnis der Bund-Länder-Verhandlungen ist, dass der Bund sich an den Flüchtlingskosten in den Jahren 2016 bis 2018 mit einer jährlichen Pauschale von bundesweit zwei Milliarden Euro beteiligt. Dem Land Rheinland-Pfalz steht pro Jahr 96 Millionen Euro zu. Wie die Mittel für Land und Kommunen zwischen diesen aufgeteilt werden, haben die Landesregierung und die Spitzenverbände der Kommunen einvernehmlich beschlossen. In Rheinland-Pfalz soll das den Kommunen für die drei Jahre zustehende Geld noch 2016 in Gänze ausbezahlt werden – anders als in anderen Bundesländern